

# Grüne wieder von der Krieg-Frieden-Frage umgetrieben

Zum Kölner Parteitag von Bündnis 90 / Die Grünen  
vom 1. bis zum 3. Dezember 2006

Das erklärte Hauptziel der 26. Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) von Bündnis 90 / Die Grünen, die Anfang Dezember 2006 in den Rheinparkhallen in Köln tagte, bestand darin, mit einem „radikalen Realismus“ insbesondere beim Umwelt- und Klimaschutz das politische Profil der Grünen als Oppositionspartei zu schärfen, um auf diese Art und Weise die CDU/CSU-SPD-Regierungskoalition vor sich her zu treiben. Auf Drängen der Basis ins Programm genommene Debatten zu Afghanistan und zum neuen Parteilogo überfrachteten allerdings die ohnehin volle Tagesordnung und brachten alle Zeitpläne ins Rutschen. Die Diskussion zum G 8-Gipfel 2007 in Heiligendamm fand faktisch erst nach dem anvisierten Ende des Parteitages um 14.00 Uhr am Sonntag statt, als die meisten Delegierten längst zu ihren Zügen eilten.

Inhaltliche Schwerpunkte der 26. Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen, mit denen sich die ca. 800 Delegierten befassten, waren:

- die Politische Rede des Bundesvorstands mit anschließender Aktueller Debatte,
- die bereits oben erwähnte Diskussion zu den Perspektiven für Afghanistan,
- eine Debatte zur Umweltpolitik,
- eine Diskussion zur Zukunft der sozialen Sicherung,
- die Behandlung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007,
- die Befassung mit dem bevorstehenden G 8-Gipfel in Heiligendamm 2007,
- die Neuwahl des Bundesvorstandes der Partei,
- die Neuwahlen zum Parteirat,
- die Verabschiedung des Haushalts von Bündnis 90 / Die Grünen,
- die Behandlung von Satzungsänderungen der Partei und schließlich
- eine Diskussion des neuen Logos von Bündnis 90 / Die Grünen.

Claudia Roth konstatierte in der **Politischen Rede des Bundesvorstandes** ein Versagen der Großen Koalition auf zentralen Politikfeldern – ob bei der Gesundheitsreform, in der Steuerpolitik oder bei der Föderalismusreform, die „in vielen Bereichen zurück in die Kleinstaaterei“ führe. Damit schüre die Große Koalition Politikverdrossenheit und schaffe so einen Nährboden für den Rechtsextremismus. „Und der Rechtsextremismus wandert vom Rand in die Mitte der Gesellschaft.“ Jüngstes Beispiel dafür sei der sächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche mit seiner Forderung, Deutschland müsse „endlich vom Schuld kult runterkommen“ und dürfe „nie wieder von Multi-Kulti-Schwuchteln regiert werden“. Beim Rechtsextremismus dürfe man nicht Schönreden, Entwarnen oder Relativieren. Da brauchen wir, so Roth, eine „sensible Justiz, die zwischen Hakenkreuzen und durchgestrichenen Ha-

kenkreuzen unterscheiden kann – und nicht diejenigen verfolgt, die aktiv sind gegen Rechts“.

Die Parteichefin warf Angela Merkel einen „Totalangriff auf die Zukunft“ vor, weil sich die Bundeskanzlerin jüngst auf dem CDU-Parteitag für längere Laufzeiten für Kernkraftwerke ausgesprochen hatte. Unter Merkel gebe eine „unökologische, ungerechte und vor allem ungläubwürdige und kalte Politik den Ton“ an. Wie auch später Co-Parteichef Reinhard Bütikofer sowie Jürgen Trittin und Krista Sager von der Bundestagsfraktion erteilte Roth unter dem Beifall der Mehrheit der Delegierten einem schwarz-grünen Bündnis eine klare Absage. In Anspielung auf solche in der letzten Zeit in die Öffentlichkeit getragenen Überlegungen der beiden Fraktionsvorsitzenden Fritz Kuhn und Renate Künast erklärte Roth, sie sehe „keine Annäherung“ der Schwarzen „an uns Grüne“. Die Union sei vielmehr auf dem Weg zur „Maximaldistanz“ zu den Grünen.

Dem Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) legte Claudia Roth einen Widerspruch zwischen großspurigen Ankündigungen und halbherzigen Taten zur Last. „Was wir heute brauchen“, so die Parteivorsitzende, „ist keine Windbeutelei, sondern eine neue Radikalität in der Umwelt- und Klimapolitik.“ Radikalität meine „keinen Katastrophismus“, sondern eine Politik, die der dramatischen Wirklichkeit angemessen sei und die konsequent handle, meine eine deutsche und europäische Vorreiterrolle beim Klimaschutz, meine wirksamen CO<sub>2</sub>-Zertifikate-Handel, meine ein Kyoto-Plus für Technologieoffensiven, Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien, meine Kerosinsteuer beim Flugverkehr und klare ökologische Leitplanken für den Markt. „Denn genauso, wie wir einen starken Staat brauchen, um sozial Schwache zu schützen, genauso brauchen wir einen starken Staat für ökologische Politik.“ Wachstum und Fortschritt in der einen globalen Welt müssten immer sozial, ökologisch und ethisch bestimmt sein. Alles in allem Positionen, die in der anschließenden Aktuellen Debatte die Unterstützung der Delegierten fanden.

Die **Afghanistan**-Debatte machte deutlich, dass die Krieg-Frieden-Frage die Grünen wieder umtreibt. In dieser Debatte wurde der Ruf nach einer Rückbesinnung auf den Pazifismus laut, konnte sich aber letzten Endes nicht durchsetzen. Eine parteiinterne Kommission soll jedoch die bisherigen Auslandseinsätze der Bundeswehr auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen und über die Grundlinien der künftigen grünen Friedenspolitik beraten. Auf einem Friedenskongress im kommenden Jahr sollen die Kommissionsergebnisse beraten werden. Auch sprachen sich die Delegierten mit großer Mehrheit für einen Strategiewechsel in der internationalen Afghanistan-Politik aus, wie er in einem entsprechenden Antrag des Bundesvorstandes gefordert wurde. Abgelehnt wurde dagegen die von den Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele, Winfried Hermann, Sylvia Kotting-Uhl und anderen vorgebrachte Idee, eine Exit-Strategie für den Bundeswehreininsatz in Afghanistan zu entwickeln.

Die Debatte über den Afghanistan-Antrag verlief äußerst kontrovers und hochemotional und ging nicht ohne Unterstellungen und Diffamierungen des innerparteilichen Gegners ab. Hans-Christian Ströbele hatte verlangt, der Bundeswehr-Einsatz dürfe nicht mit dem von den USA geführten Kampf gegen den Terrorismus vermengt werden, da sonst die Gefahr von Terroranschlägen wachsen würde. „Die Grünen kommen aus der Friedensbewegung“, betonte Ströbele. „Wir brauchen ein Signal, dass wir weiterhin die Partei der Gewaltfreiheit und des Friedens sind.“ Und sein Fraktionskollege Winfried Nachtwei assistierte, um Erfolge in Afghanistan zu erreichen, brauche man vor allem einen langen Atem, nicht aber unbedingt militärische Lösungen.

Hingegen warnte Bundestagsfraktionschef Fritz Kuhn vor einer Diskussion über einen Abzug der Bundeswehr. Die Bundeswehr würde viel positive Aufbauarbeit leisten, eine Diskussion über eine Exit-Strategie dagegen bisherige Erfolge gefährden. Die Bundestagsabgeordnete Anna Lührmann unterstrich, dass die Menschen dankbar für die Hilfe seien und dass ein Abzug der ISAF auch einem Abzug der Entwicklungshilfe gleich käme. Ihre Fraktionskollegin Kerstin Müller erklärte, jetzt von grüner Seite ein Abzugs-Signal zu geben, wäre kontraproduktiv für die Zurückdrängung der Taliban, für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft und für den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Argumente, die letzten Endes bei der Mehrheit der Delegierten ihre Wirkung nicht verfehlten.

Im Ergebnis der Debatte zur **Umweltpolitik** beschlossen die Delegierten als Ziel, den Kohlendioxid-Ausstoß in Deutschland bis zur Mitte dieses Jahrhunderts um 80 Prozent zu vermindern. Dazu wollen die Grünen eine Besteuerung von Flugbenzin, verbindliche Verbrauchsobergrenzen für Autos und eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 Kilometern in der Stunde auf Autobahnen einführen, die LKW-Maut auf alle Bundesstraßen ausweiten und gesetzliche Rahmenbedingungen für die Einführung einer so genannten City-Maut schaffen. Sie setzen auf höhere Energieeffizienz, mehr Energieeinsparung und Erneuerbare Energien. In einem gesonderten Beschluss treten die Grünen für die Fortsetzung des Atomausstiegs ein. Mit einem insgesamt in sich geschlossenen Konzept zur Umwelt- und Klimapolitik, das auch unpopuläre Maßnahmen einschließt, können die Grünen auf dem für sie nach wie vor zentralen Politikfeld nach vielen Kompromissen in der rot-grünen Regierungszeit wieder an Glaubwürdigkeit (zurück) gewinnen.

Nach dem Willen der Partei soll es einen neuen Aufbruch in der Öko-Politik geben. Unter dem anhaltenden Beifall der Delegierten forderte der Umweltpolitiker Reinhard Loske vehement einen Politikwandel: „Wer heute die Probleme realistisch betrachtet, muss radikal handeln.“ Loske befasste sich mit den Auswirkungen der globalen Erderwärmung und warnte vor „einer Erschütterung, die möglicherweise nur vergleichbar ist mit der Erfahrung der beiden Weltkriege.“ Die zu erwartenden dramatischen Folgen des Klimawandels, wie schmelzende Gletscher, Erwärmung der Meere und sich häufende Naturkatastrophen, deutlich zu benennen, sei „kein Alarmismus, sondern Realismus.“ Klimaschutzpolitik umfasse die Abwendung von Kohle- und Atomkraft und das Umschwenken auf Erneuerbare Energien, erklärte Loske. Er sprach sich für einen fairen Netzzugang, für Wettbewerb auf dem Energiesektor und für den Emissionshandel aus. Aber: „Dort, wo die Industrie ihre Selbstverpflichtungen nicht einhält, brauchen wir eine Renaissance des Ordnungsrechts.“

Der Vorstand der parteinahen Heinrich-Böll-Stiftung, Ralf Fücks, mahnte, Klimaschutzpolitik international zu begreifen und insbesondere die USA, China und Indien als Mitstreiter zu gewinnen. Das Motto „radikal **und** realistisch“ gefalle ihm, sagte Fücks: „Radikal in der Beschreibung der Probleme und Herausforderungen und radikal in der Beschreibung der Ziele, aber realistisch in der Beschreibung der Lösungen – realistisch, weil wir die Gesellschaft mitnehmen wollen.“

Angesichts der neuesten alarmierenden Daten zum Klimawandel und der von der Stern-Kommission prognostizierten gravierenden wirtschaftlichen Schäden, die entstehen werden, wenn es kein Umsteuern gibt, schieden sich in der Diskussion über Brückentechnologien die grünen Geister an der Frage, ob künftig überhaupt noch in moderne, emissionsreduzierte Kraftwerke auf fossiler Basis investiert werden dürfe oder nicht. Die in dieser Frage ganz radikalen Anhänger von Hans-Josef Fell, dem

grünen Energie-Experten im Bundestag, verneinten dies und forderten die unabdingbare Umsetzung einer Null-Emissions-Strategie bis zur Mitte des Jahrhunderts.

Der von Reinhard Loske eingebrachte Antrag plädierte hingegen dafür, in einem Übergangszeitraum noch fossile Energien (vor allem auf Basis von hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, Blockheizkraftwerken und perspektivisch Brennstoffzellen) zu nutzen. Neue Kohlekraftwerke ohne CO<sub>2</sub>-Abscheidung seien allerdings klimapolitisch nicht verantwortbar. „Unser Ziel ist es“, so die von Loske vorgeschlagene Passage, „den Ausstoß klimaschädigender Treibhausgase in Deutschland bis 2050 um mindestens 80 Prozent zu reduzieren und in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts auf eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien umzusteigen.“ Die Delegierten entschieden sich für die Passage von Loske.

Im Ergebnis der Diskussion zur **Zukunft der sozialen Sicherung** stimmten die Delegierten für die Einrichtung einer Kommission, die auf der Grundlage der Konzepte zum bedingungslosen Grundeinkommen und zur Grundsicherung Vorschläge zur Weiterentwicklung des Sozialstaates erarbeiten soll. In der Sache (Grundeinkommen bzw. Grundsicherung) traf der Parteitag allerdings *keine* Vorentscheidung. In der Debatte selbst bestand Einigkeit darüber, dass der Sozialstaat Menschen in Notlagen unterstützen müsse. „Wir dürfen das Soziale nicht der SPD und der Linkspartei überlassen“, forderte ein Delegierter. „Auch die Grünen müssen sozial sein.“

Heftige Kritik wurde vor allem an den Bürgergeld-Vorstellungen der FDP und des thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus geübt, denen alle anderen sozialen Sicherungssysteme und staatlichen Förderstrukturen zum Opfer fallen sollen. Parteilinke wie Astrid Rothe-Beinlich, die Thüringer Landessprecherin der Grünen, und Stefan Ziller vom Arbeitskreis Grundeinkommen benannten Kriterien für ein Grundeinkommen: Es müsse armutsfest und Existenz sichernd, mit einem individuellen Rechtsanspruch für Frauen und Männer, (die soziokulturelle) Teilhabe sichernd, ohne Arbeitszwang und ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgestattet sein.

Boris Palmer, der neue Oberbürgermeister von Tübingen, betonte, Hartz IV entspreche nicht seiner Vorstellung von einer sozialen Gesellschaft. Das Grundeinkommen hingegen sei ein interessantes Konzept, das Menschen ermöglichen könne, in Freiheit zu leben. Palmer setzte sich in diesem Kontext mit dem Vorwurf auseinander, dass mit der Einführung eines allgemeinen bedingungslosen Grundeinkommens auch die begüterte Arztgattin in dessen Genuss kommen und andererseits die junge Drogenabhängige sich selbst überlassen würde: Was spreche denn dagegen, dass auch die Arztgattin ein Grundeinkommen beziehe, wenn der Arztgatte entsprechend hohe Steuern zahle? Auch werde ein künstlicher Gegensatz zwischen Grundeinkommen und anderen sozialen Hilfe- und Fördersystemen des Staates aufgebaut, die ja weiter bestehen sollten, um der jungen Drogenabhängigen beispielsweise die nötige psychische Unterstützung zu gewähren und sie nicht sich selbst zu überlassen.

Andere Delegierte sprachen sich gegen ein allgemeines bedingungsloses Grundeinkommen aus. Sie befürchten, dass damit alle anderen sozialen Leistungen wegfallen und die staatlichen Fördersysteme abgeschafft werden, dass es genutzt werden wird, um Frauen wieder an den Herd zu drängen nach dem Motto: „Du hast ja ein Grundeinkommen. Warum nimmst Du mir meinen Arbeitsplatz weg?“ Wieder andere wie der Sozialpolitiker und Parteilinke Markus Kurth plädierten für eine solidarische Grundsicherung und warnten, die Grünen dürften nicht aus Frust über Hartz IV die

Realität zum Übermorgen überspringen, sondern müssten sich auf die heutigen Verteilungskämpfe einlassen.

Während einige Realos wie die stellvertretende Bundestagspräsidentin, Katrin Göring-Eckardt, Sympathie für ein bedingungsloses Grundeinkommen äußerten und gleichzeitig warnten, ein Grundeinkommen dürfe nicht dazu führen, dass Sozialleistungen gekürzt werden, hielten sich andere wie der neoliberale Haushälter Oswald Metzger, die in der Vergangenheit derartige Konzepte als unrealistisch und als nicht finanzierbar gegeißelt hatten, auffallend zurück und griffen nicht in die Diskussion ein. Die Frage der Finanzierbarkeit wurde so in Köln erst gar nicht gestellt.

Auf dem Feld der Sozial- und Wirtschaftspolitik beschloss die BDK in der Domstadt auch, Regeln für die Gestaltung eines Mindestlohnes einzuführen, um damit Lohn-dumping zu verhindern. Die tarifliche Entlohnung soll nach dem Willen der Grünen zum Kriterium für die Erteilung von öffentlichen Aufträgen gemacht werden.

Für die **deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007** gaben die Grünen der Bundesregierung mit auf den Weg, sich nachdrücklich für eine entscheidende Weiterentwicklung der europäischen Integration und für eine Weiterführung des europäischen Verfassungsprozesses einzusetzen. Die BDK arbeitete sich allerdings an der Frage ab, welchen Charakter der Verfassungsvertrag haben sollte: das bestehende Gesetzeswerk, das in Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden scheiterte, ein modifiziertes Verfassungskonstrukt, das den Entwurf des Europäischen Konvents in einen Verfassungsvertrag mit den Grundrechten sowie den institutionellen Regelungen und einen Ausführungsvertrag aufspaltet, oder ein gänzlich neuer Vertrag. Beschlossen wurde schließlich mehrheitlich der Antrag des Bundesvorstandes „Agenda für ein demokratisches und handlungsfähiges Europa“. Dort wird zur Europäischen Verfassung ausgeführt: „Wir schlagen daher vor, den vorliegenden Verfassungsentwurf in zwei Teile aufzuspalten, in einen reinen Verfassungsvertrag, der die Grundrechte und die institutionellen Regelungen enthält und in einen Ausführungsvertrag mit den detaillierten Regelungen für die einzelnen Politikbereiche.“ Unabdingbare Bestandteile jedes neuen Vertrages müssten die rechtsverbindliche Grundrechte-Charta, die Stärkung des Europäischen Parlaments und das Bekenntnis zu einer gemeinsamen Außenpolitik (mit einem europäischen Außenminister) sowie die Anerkennung des Selbstverwaltungsrechts der Kommunen sein.

Zuvor hatte Jürgen Trittin für den Bundesvorstandsantrag geworben: Der dort unterbreitete Vorschlag sei „das Gegenteil von einem Weiter So“. Einerseits sei die bestehende Verfassung in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt worden, andererseits dürfe jedoch nicht vergessen werden, dass der Vertrag in weitaus mehr Ländern angenommen worden sei. Die Entwicklung eines komplett neuen Vertrages, der sich auf die Festschreibung der europäischen Werte und Grundrechte beschränkt und der in einem entsprechenden Änderungsantrag verlangt wurde, lehnten die meisten Delegierten ab.

Zum bevorstehenden **G 8-Gipfel in Heiligendamm 2007** lag den Delegierten ein Antrag vor, der „Reformen für eine gerechte Globalisierung“ und „Eine Welt“ statt der exklusiven Acht verlangte, denen es an ausreichender Legitimität fehle. In dem in letzter Minute beschlossenen Papier erklären die Grünen, zu einer gerechten Gestaltung der Globalisierung gehöre Armutsbekämpfung, der Erhalt der Umwelt, gemeinsame Antworten auf den Klimawandel und ein faires Handelssystem. Ihren Anliegen

wollen die Grünen in den Parlamenten und außerparlamentarisch Nachdruck verleihen.

Einen zentralen Platz auf der BDK in Köln nahmen die **Wahlen zum Bundesvorstand** der Partei **und zum Parteirat** ein. In den **Bundesvorstand** wurden gewählt:

- Roth, Claudia (Bundesvorsitzende, 66,5 % der Stimmen),
- Bütikofer, Reinhard (Bundesvorsitzender, 71,8 % der Stimmen),
- Lemke, Steffi (Politische Bundesgeschäftsführerin, 72,3 % der Stimmen),
- Strehl, Dietmar (Bundesschatzmeister, 79,4 % der Stimmen),
- Rothe-Beinlich, Astrid (Beisitzerin, 77,4 % der Stimmen),
- Spitz, Malte (Beisitzer, 58,6 % der Stimmen).

Roth und Bütikofer, die beide ohne Gegenkandidaten zur Wahl antraten, erhielten kräftige Dämpfer und büßten gegenüber der Wahl 2004 jeweils über zehn Prozent an Zustimmung ein. Damals war Claudia Roth auf 78 Prozent der Stimmen gekommen, Reinhard Bütikofer auf 85 Prozent. Dagegen konnte sich die Ostdeutsche Steffi Lemke als Amtsinhaberin deutlich gegen die Mitbewerberin Kirsten Böttner, Wahlkampfmanagerin der Berliner Grünen bei der Abgeordnetenhauswahl im September 2006, durchsetzen. Mit Astrid Rothe-Beinlich zog eine bekennende Parteilinke in den Bundesvorstand ein. Sie wurde auch zur Frauenpolitischen Sprecherin des Bundesvorstandes gewählt. Während Astrid Rothe-Beinlich ohne Gegenkandidatin antrat, musste sich Malte Spitz, von 2004 bis 2006 Politischer Geschäftsführer der Grünen Jugend und ebenfalls eher den Parteilinken zuzurechnen, gegen den Landessprecher der Grünen in Schleswig-Holstein, Robert Habeck, durchsetzen.

Insgesamt hat sich damit das Kräfteverhältnis im Bundesvorstand leicht nach links verschoben. Gleichzeitig wurde aber die Parteispitze durch die schlechten Wiederwahlergebnisse für die beiden Vorsitzenden und durch mehrere organisatorische Beschlüsse (siehe unten die Passage zum Haushalt der Partei) geschwächt.

Dagegen lassen sich im neu gewählten **Parteirat** keine relevanten politischen Veränderungen ausmachen. Dem 16köpfigen Parteirat, gedacht als Scharnier zwischen den Gremien der Bundespartei, der Bundestags- und den Landtagsfraktionen und den Landesverbänden, gehören mit der Neuwahl des Bundesvorstandes kraft Amtes Claudia Roth, Reinhard Bütikofer und Steffi Lemke an. Gewählt wurden zudem:

- Al-Wazir, Tarek (71,9 % der Stimmen),
- Beck, Volker (60,7 % der Stimmen),
- Harms, Rebecca (63,9 % der Stimmen),
- Hermenau, Antje (57,0 % der Stimmen),
- Höhn, Bärbel (72,4 % der Stimmen),
- Kretschmann, Winfried (50,7 % der Stimmen),
- Kuhn, Fritz (61,6 % der Stimmen),
- Künast, Renate (69,3 % der Stimmen),
- Loske, Reinhard (73,9 % der Stimmen),
- Sager, Krista (57,0 % der Stimmen),

- Schopper, Theresa (65,0 % der Stimmen),
- Seeliger, Julia (55,3 % der Stimmen),
- Trittin, Jürgen (73,8 % der Stimmen).

Winfried Kretschmann, der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg, schaffte den Sprung in den Parteirat erst im zweiten Wahlgang, die frühere Co-Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Krista Sager, benötigte gar drei Anläufe dazu. Nicht gewählt wurden die zweite ehemalige Co-Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag und heutige Bundestagsvizepräsidentin, die „Ober-Reala“ Katrin Göring-Eckardt, die Fraktionschefin der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, Franziska Eichstädt-Bohlig, und die Parteilinken Markus Kurth und Rüdiger Sagel. Lediglich die Parteilinke Julia Seeliger von der Grünen Jugend und der Realo Tarek Al-Wazir, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag von Hessen, sind neu in diesem Gremium.

Im Kontext der Behandlung des **Haushalts** der Grünen wurde traditionell ein Antrag abgeschmettert, die Kasse des Bundesverbandes aufzubessern, indem die Umlage der Landesverbände erhöht wird. Zudem wurde eine vom Bundesvorstand geplante „Klima-Kampagne“ gebilligt, nicht aber ihre Finanzierung über Mitgliedsbeiträge. Statt dessen soll der Bundesvorstand eine zentrale Spenden-Kampagne starten.

Die verabschiedeten **Satzungsänderungen** betreffen die Auslandsmitgliedschaft von deutschen Staatsangehörigen, die ihren Lebensmittelpunkt im Ausland haben, die Einführung einer halbjährigen Probemitgliedschaft bei den Grünen und ein Statut der Bundesarbeitsgemeinschaften der Partei.

Die wenige Tage vor dem Kölner Parteitag bekannt gewordene Absicht der grünen Führungsriege, die Basis handstreichartig mit einem **neuen Partei-Logo** zu beglücken, löste auf der 26. BDK eine emotionsgeladene Debatte aus. Im neuen Logo war der Begriff „Bündnis 90“ nur noch halb so groß dargestellt wie die Bezeichnung „Die Grünen“, was als schleichende Entsorgung des Begriffs „Bündnis 90“ aus dem Parteinamen verstanden wurde. Ein Junger Grüner brachte es sarkastisch auf den Punkt: Der Bundesvorstand habe „das Bündnis 90 auf dem Altar der Medialisierung geopfert“.

Doch allein damit ließe sich die Entrüstung der Basisdelegierten nicht erklären. Schließlich haben zwei der größten Landesverbände der Grünen – nämlich diejenigen in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg – ihre letzten Landtagswahlkämpfe bereits ohne den Zusatz „Bündnis 90“ geführt. Die Frage des Logos ist jedoch eine Frage der Identität (oder wenigstens der Gewöhnung). Die Basis fühlte sich überrumpelt, hätte früher einbezogen werden und wenigstens unter drei Varianten auswählen wollen. Außerdem wurde moniert, wenn die Grünen radikaler und bissiger auftreten wollen, dann dürfe das neue Logo nicht so blass-grün daherkommen; ein kräftiges dunkles Grün wäre angemessener. Und schließlich sei völlig unklar, warum die Partei gerade jetzt ein neues Logo brauche.

Da half dann auch kein Hinweis von Bütikofer und Roth darauf, dass alle anderen Parteien in der letzten Zeit ihre Logos geliftet hätten, dass die Entwicklung des neuen Logos im Rahmen des laufenden Vertrages mit der Werbeagentur „Zum Goldenen Hirschen“ enthalten sei und im Prinzip keine zusätzlichen Kosten verursacht habe. Auch die Landes-, Kreis- und Ortsverbände könnten ihre alten Werbematerialien in Ruhe aufbrauchen, und wenn sie neue benötigten, würden die dann eben das neue

Logo tragen. Die offene Abstimmung über das neue Logo brachte ein Patt. Bevor das Präsidium zur schriftlichen Abstimmung schreiten konnte, zog der Bundesvorstand die Notbremse und das neue Logo zurück. Und am nächsten Tag teilte der Schatzmeister mit, dass der Werbeagentur-Vertrag neu ausgeschrieben werde...

Unter den Beschlüssen, die auf der BDK in Köln zu weiteren Themen gefasst wurden, sind hervorzuheben:

- Für eine emanzipatorische Sozialpolitik – Für einen ermutigenden Sozialstaat
- Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik besser verbinden
- Braunkohlenutzung sozial und ökologisch verträglich und zügig beenden
- Kommunalen Wohnungsbestand sichern – gegen eine Politik des Ausverkaufs
- Grüne Perspektiven für die Generation Praktikum
- Neue Wege in der beruflichen Ausbildung gehen
- Menschenrechte als Leitbild einer neuen Russlandpolitik
- Für eine wirksame gesetzliche Bleiberechtsregelung und die dauerhafte Vermeidung von Kettenduldungen

Zieht man eine **Gesamtbilanz** der 26. Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 / Die Grünen, dann bleiben vor allem folgende Punkte bemerkenswert:

**Erstens** haben die Grünen in der Domstadt daran gearbeitet, ihr Profil als Oppositionspartei zu schärfen. Und das – gemessen am Medienecho – durchaus nicht ohne Erfolg. Dabei haben sie sich – neben harscher Kritik an der Regierungskoalition von CDU/CSU und SPD – vor allem an der FDP abgearbeitet, während es nur wenige Bezüge auf die Linkspartei gab. Dies ist nicht allzu verwunderlich, besteht doch das erklärte Ziel der Öko-Partei darin, die von ihr zu Recht als neoliberal gebrandmarkte FDP vom Platz der drittstärksten Partei im bundesrepublikanischen Parteiensystem zu verdrängen und in der Folge dessen wieder an Landes- und Bundesregierungen beteiligt zu werden.

**Zweitens** existieren in der Nach-Fischer-Ära unterschiedliche Auffassungen darüber, wie man dieses Ziel erreichen kann. Vereinfacht kann man zwei strategische Herangehensweisen ausmachen, die in der Grünen-Führung miteinander um die Hegemonie ringen: *Zum einen* verfechten Kräfte um Bütikofer und Roth vom Bundesvorstand den Weg, über die Entwicklung von politischen Inhalten die Partei deutlich zu profilieren, auf dieser Basis gesellschaftlichen Rückhalt zu organisieren und dann zu schauen, was sich in welchen Koalitionskonstellationen durchsetzen lässt. Claudia Roth erklärte, sie wolle mit denen über Koalitionen debattieren, „mit denen es inhaltliche Übereinstimmungen gibt und nicht bloß numerische Mehrheiten“. *Zum anderen* fällt eine Gruppe um Kuhn und Künast von der Bundestagsfraktion ins Auge, die eher den umgekehrten Pfad einschlägt und tendenziell auf inhaltliche Prioritäten verzichtet. Sie hält erst nach möglichen Koalitionspartnern Ausschau, richtet dann unter diesem Gesichtspunkt Programmatik und Ziele aus und produziert so schwarz-grüne Gedankenspiele und Reiseangebote nach Jamaika. Während Bütikofer auf der BDK offen dagegen polemisierte, dass aus Hinterzimmern immer wieder solche Gedankenspiele in die Öffentlichkeit lanciert werden, schien Kuhn Kreide gefressen zu haben, indem er die Bedeutung von politischen Inhalten hervorhob. Dennoch ist *gegenwärtig* offen, welche Richtung die Grünen hier in Zukunft einschlagen werden.



**Drittens** hat der Kölner Parteitag keine grundlegende politische Richtungsänderung der Grünen vorgenommen. Man könnte höchstens von einer moderaten Verschiebung der politischen Achse der Grünen nach links sprechen. Das zeigte sich vor allem in den Debatten und Beschlüssen zur sozialen Sicherung, zum Bundeswehrein-satz in Afghanistan und zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Mit zumeist differenziert formulierten Positionen haben die Grünen die Honigfalle umgangen, in ihrer Regierungszeit abgesteckte Standpunkte in der Opposition einfach in ihr Gegenteil zu verkehren oder gar in einen blanken Fundamentalismus zu verfallen.

**Jochen Weichold**